

No. 32721

**AUSTRIA
and
ROMANIA**

**Long-Term Agreement on economic collaboration and co-
operation in the field of industrial technology. Signed at
Bucharest on 14 July 1975**

Authentic texts: German and Romanian.

Registered by Austria on 25 March 1996.

**AUTRICHE
et
ROUMANIE**

**Accord à long terme concernant la collaboration économique
et la coopération technique et industrielle. Signé à Buca-
rest le 14 juillet 1975**

Textes authentiques : allemand et roumain.

Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

LANGFRISTIGES ABKOMMEN ÜBER WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND TECHNISCH-INDUSTRIELLE KOOPERATION ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien

— unter Berücksichtigung der bisherigen positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern,

— vom Wunsche ausgehend, einen weiteren Beitrag zur Entwicklung und Vervielfältigung der wirtschaftlichen Beziehungen auf einer festen und beiderseits vorteilhaften Grundlage zu schaffen,

— um die durch das wirtschaftliche Potential und den technischen Fortschritt der beiden Länder gegebenen Möglichkeiten durch Intensivierung der technisch-industriellen Kooperation wirksamer auszunützen,

— unter Beachtung der besonderen Wichtigkeit der technisch-industriellen Kooperation für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit,

— unter Bedachtnahme auf

das am 24. September 1970 in Wien unterzeichnete Langfristige Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien

die zum Langfristigen Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 am 11. April 1973 in Bukarest unterzeichnete Ergänzende Vereinbarung

das am 20. Februar 1968 in Wien unterzeichnete Abkommen über die industrielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien

das am 11. April 1973 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen

Republik Rumänien über die Außerkraftsetzung des Zahlungsabkommens vom 12. Juli 1950 und den Übergang zum Zahlungsverkehr in frei konvertierbarer Währung

— unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens haben unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Langfristiges Abkommen die Grundlage zu einer stabilen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und technisch-industriellen Kooperation darstellen würde,

folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Teile sind entschlossen, weiterhin die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu entwickeln und die Erweiterung und Intensivierung der technisch-industriellen Kooperation zu unterstützen.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Teile lassen sich in ihren gegenseitigen Beziehungen entsprechend den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom Prinzip der meistbegünstigten Nation leiten.

Die Vertragschließenden Teile werden allenfalls vorhandene Hindernisse und Beschränkungen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und technisch-industriellen Kooperation auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften beseitigen, welche im Rahmen ihrer gegenseitigen Beziehungen in gleicher Weise wie gegenüber dritten Staaten angewendet werden.

Artikel 3

Die Vertragschließenden Teile gehen vom Wunsche aus, eine weitgehende Entwicklung der technisch-industriellen Kooperation zwischen Unternehmen und Betrieben der beiden Länder sicherzustellen.

Demzufolge werden auch Waren, die aus Kooperationsvorhaben stammen, im gleichen Ausmaß wie gegenüber anderen Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens liberalisiert.

Bei der Einfuhr der genannten Waren werden die jeweils zuständigen Behörden in Betracht ziehen, Zollbegünstigungen im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften in Einzelfällen zu gewähren.

Artikel 4

Die Vertragschließenden Teile sind der Ansicht, daß sich insbesondere auf nachstehenden Gebieten Kooperationsmöglichkeiten ergeben:

- Maschinenbauindustrie
- Bergbau- und Hüttenindustrie
- chemische und petrochemische Industrie
- energetische Industrie
- Elektrotechnik und Elektronik
- Leichtindustrie
- Landwirtschaft
- Nahrungsmittelindustrie

Bei Abschluß und Durchführung von Kooperationsvorhaben wird das wirtschaftliche Potential der beiden Länder, die Rohstoffquellen und der Bedarf an Rohstoffen, Maschinen und Ausrüstungen, technischen Verfahren, Konsumgütern sowie auch der Vertrieb für die bei der Kooperation gefertigten Erzeugnisse in Betracht gezogen werden.

Artikel 5

Die Vertragschließenden Teile sind übereingekommen, die Zusammenarbeit insbesondere auf folgende Weise zu verwirklichen:

- Errichtung von neuen Industrieanlagen sowie Erweiterung und Modernisierung von bereits bestehenden Anlagen;
- gemeinsame Fertigung und Vertrieb von Waren, einschließlich auf Drittmärkten, sowie auch Spezialisierung in der Fertigung und im Vertrieb;
- Gründung von Gemischten Gesellschaften für Produktion und Vertrieb; Austausch von Know-how, technischen Informationen, Patenten und Lizenzen, Anwendung und Verbesserung vorhandener technischer Verfahren sowie die Entwicklung neuer Verfahrenstechniken und Schulung sowie Austausch von Spezialisten und Praktikanten;
- Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Normenwesens, der Metrologie und des technischen Versuchswesens.

Artikel 6

Die Vertragschließenden Teile werden die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und Betrieben der beiden Länder auf dem Gebiete der Marktforschung und der Ausarbeitung und Durchführung von Projekten in dritten Ländern fördern.

Artikel 7

Die Bedingungen für Kooperationsvorhaben, welche im Rahmen des vorliegenden Abkommens verwirklicht werden, werden in den zwischen den beteiligten Unternehmen und Betrieben abzuschließenden Verträgen festgelegt.

Artikel 8

Unter Berücksichtigung der Bedeutung, die sowohl der Finanzierung als auch der Gewährung von Krediten für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und technisch-industriellen Kooperation zukommt, werden beide Seiten bemüht sein, Finanzierungen und Kredite zu günstigen Bedingungen bereitzustellen.

Artikel 9

Die Vertragschließenden Teile werden die Beteiligung von Unternehmen und Betrieben ihrer Länder an den Messen und internationalen Ausstellungen, die auf dem Gebiete des anderen Staates stattfinden, unterstützen und sich gleichzeitig für die Einräumung möglichst günstiger Bedingungen für die Beteiligung des anderen Partners an derartigen Veranstaltungen einsetzen.

Artikel 10

Die sich aus diesem Abkommen ergebenden Zahlungen für Waren und Leistungen werden gemäß der zur Zeit der Zahlung zwischen den beiden Staaten geltenden Vereinbarungen über den Zahlungsverkehr geleistet.

Artikel 11

Zur Überwachung und Verwirklichung dieses Abkommens bilden die Vertragschließenden Teile eine Gemischte Regierungskommission. Sie kann zu ihren Tagungen auch Vertreter der Wirtschaft beiziehen. Sie wird auf Wunsch eines der Vertragschließenden Teile jährlich, unter Ministervorsitz, wechselseitig in Wien bzw. Bukarest zusammentreten.

Die Gemischte Regierungskommission wird:

- Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vertragschließenden Teilen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und technisch-industriellen Kooperation prüfen;

- die Ausarbeitung von konkreten Programmen für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und technisch-industriellen Kooperation vornehmen und wird gleichzeitig neue bilaterale oder auf Dritt-märkte bezogene Kooperationsvorhaben aufzeigen;
- auch die Aufgaben, die sich aus Art. 10 des Langfristigen Handelsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 24. September 1970 ergeben, übernehmen;
- sowie alle anderen Fragen, die sich aus dem vorliegenden Abkommen ergeben oder von den zuständigen Behörden eines der beiden Vertragsschließenden Teile vorgeschlagen werden, behandeln.

Artikel 12

Die Vertragsschließenden Teile werden bemüht sein, auch andere Abkommen zu vereinbaren, um kontinuierlich die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern.

Artikel 13

Das vorliegende Abkommen tritt 90 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für 10 Jahre.

Es verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit schriftlich, auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Artikel 14

Der Ablauf der Gültigkeit des vorliegenden Abkommens hat keinen Einfluß auf die Abwicklung der zwischen den Unternehmen und Betrieben der beiden Länder vorher geschlossenen Verträge.

Geschehen zu Bukarest, am 14. Juli 1975 in zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Für die Österreichische
Bundesregierung:

BRUNO KREISKY

Für die Regierung
der Sozialistischen Republik Rumänien:

MANEA MANESCU

[ROMANIAN TEXT — TEXTE ROUMAIN]

ACORD PE TERMEN LUNG DE COLABORARE ECONOMICĂ ȘI COOPERARE INDUSTRIALĂ ȘI TEHNICĂ ÎNTRE GUVERNUL REPUBLICII SOCIALISTE ROMÂNIA ȘI GUVERNUL FEDERAL AL AUSTRIEI

Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei,

și trecerea la sistemul de decontare în devaliz liber convertibile, semnat la București, la 11 aprilie 1973.

— Luând în considerație dezvoltarea pozitivă de până acum a relațiilor economice dintre cele două țări,

— Având în vedere prevederile Acordului General pentru Tarife și Comerț,

— În dorința de a-și aduce mai departe contribuția la dezvoltarea și diversificarea relațiilor economice, pe o bază trainică și reciproc avantajoasă,

— Luând în considerație faptul că un Acord de lungă durată ar reprezenta baza pentru o colaborare economică și cooperare industrială și tehnică stabilă,

— Pentru utilizarea eficientă a posibilităților oferite de potențialul economic și progresul tehnic al celor două țări, prin intensificarea cooperării industriale și tehnice,

Au convenit următoarele:

Articolul 1

— Ținând seama de importanța deosebită a cooperării industriale și tehnice pentru dezvoltarea colaborării economice,

Părțile Contractante sînt hotărîte să dezvolte în continuare colaborarea economică dintre cele două țări și să sprijine extinderea și intensificarea cooperării industriale și tehnice.

— Având în vedere:

Articolul 2

— Acordul comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, semnat la Viena, la 24 septembrie 1970;

Părțile Contractante se conduc în relațiile lor reciproce după principiul națiunii celei mai favorizate conform prevederilor Acordului General pentru Tarife și Comerț.

— Convenția adițională la Acordul comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, din 24 septembrie 1970, semnată la București la 11 aprilie 1973;

Părțile Contractante vor înlătura obstacolele și îngrădirile eventual existente în domeniul colaborării economice și cooperării industriale și tehnice, în baza prevederilor legale în vigoare, care în relațiile reciproce vor fi aplicate în același mod ca și față de terțe state.

— Acordul de cooperare industrială, economică și tehnică între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, semnat la Viena, la 20 februarie 1968;

Articolul 3

Părțile Contractante doresc să asigure o dezvoltare largă a cooperării industriale și tehnice între întreprinderi și firme ale celor două țări.

— Acordul între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei cu privire la încetarea Acordului de plăți, din 12 iulie 1950

În acest scop, și produsele care derivă din operațiuni de cooperare vor fi liberalizate în aceeași măsură ca și față de alte țări membre ale Acordului General pentru Tarife și Comerț.

La importul mărfurilor susnumite, autoritățile competente respective vor avea în vedere, pentru fiecare caz în parte, acordarea de facilități vamale, în cadrul reglementărilor legale în vigoare.

Articolul 4

Părțile Contractante sînt de părere că există posibilități de cooperare, îndeosebi în următoarele domenii:

- Industria constructoare de mașini;
- Industria minieră și siderurgică;
- Industria chimică și petrochimică;
- Industria energetică;
- Electrotehnică și electronică;
- Industria ușoară;
- Agricultură;
- Industria alimentară.

La încheierea și realizarea de operațiuni de cooperare se va ține seama de potențialul economic al ambelor țări, de sursele și necesitățile de materii prime, mașini și utilaje, procedee tehnice, bunuri de consum, precum și de posibilitățile de desfacere a produselor realizate în cooperare.

Articolul 5

Părțile Contractante au convenit să realizeze cooperarea, în special prin următoarele modalități:

- Construirea de noi instalații industriale, precum și extinderea și modernizarea instalațiilor deja existente;
- Producția și desfacerea în comun de mărfuri, inclusiv pe terțe piețe, precum și specializarea în producție și desfacere;
- Constituirea de societăți mixte de producție și desfacere, schimb de know-how, informații tehnice, patente și licențe, aplicarea și îmbunătățirea procedeelelor tehnice existente, precum și dezvoltarea de noi procedee tehnice, școlarizarea și schimbul de specialiști și practicanți;
- Schimb de experiență în domeniile normării, metrologiei și încercării tehnice a materialelor.

Articolul 6

Părțile Contractante vor promova colaborarea între întreprinderi și firme din cele două țări

în domeniul prospectării pieței și al elaborării și realizării de proiecte în țări terțe.

Articolul 7

Condițiile pentru acțiunile de cooperare, care vor fi realizate în cadrul prezentului Acord, vor fi stabilite în contractele ce vor fi încheiate între întreprinderile și firmele participante.

Articolul 8

Avînd în vedere importanța pe care o are atât finanțarea cîr și acordarea de credite pentru dezvoltarea colaborării economice și cooperării industriale și tehnice, cele două Părți vor face totul să pună la dispoziție finanțări și credite în condiții avantajoase.

Articolul 9

Părțile Contractante vor încuraja participarea întreprinderilor și firmelor din țările lor la târgurile și expozițiile internaționale, care vor avea loc pe teritoriul celuiilalt stat, și totodată vor încuraja acordarea celor mai avantajoase condiții posibile pentru participarea celuiilalt partener la asemenea manifestări.

Articolul 10

Plățile pentru mărfuri și servicii care rezultă din prezentul Acord vor fi efectuate în conformitate cu convențiile de plăți în vigoare între cele două țări, la data plății.

Articolul 11

Pentru supravegherea îndeplinirii prezentului Acord, Părțile Contractante instituie o Comisie Mixtă Guvernamentală. Ea poate să atragă la sesiunile sale și reprezentanți ai vieții economice. Ea se va întruni, la dorința uneia din Părțile Contractante, anual, sub președinția ministrilor, alternativ la București și respectiv Viena.

Comisia Mixtă Guvernamentală va:

- examina evoluția relațiilor dintre Părțile Contractante în domeniul colaborării economice și cooperării industriale și tehnice;
- întreprinde elaborarea de programe concrete pentru dezvoltarea colaborării economice și cooperării industriale și tehnice și va identifica în același timp noi acțiuni de cooperare bilaterală și respectiv pe terțe piețe;

— prelua, de asemenea, sarcinile prevăzute în articolul 10 al Acordului comercial de lungă durată între Guvernul Republicii Socialiste România și Guvernul Federal al Austriei, din 24 septembrie 1970;

— trata orice alte probleme rezultate din prezentul Acord, sau care vor fi propuse de către autoritățile competente ale uneia din cele două Părți Contractante.

Articolul 12

Părțile Contractante se vor strădui să convină și alte acorduri pentru a promova continuu colaborarea economică bilaterală.

Articolul 13

Prezentul Acord intră în vigoare la 90 de zile după semnare și este valabil pe 10 ani.

El se prelungeste cu cite un an, dacă nu va fi denunțat, în scris, pe cale diplomatică, cu trei luni înainte expirării valabilității sale.

Articolul 14

Expirarea valabilității prezentului Acord nu va avea nici o influență asupra derulării contractelor încheiate mai înainte între întreprinderile și firmele din ambele țări.

Intocmit la București, la 14 iulie 1975 în două originale în limba română și germană, ambele texte fiind autentice în aceeași măsură.

Pentru Guvernul
Republicii Socialiste România:

MANEA MANESCU

Pentru Guvernul
Federal al Austriei:

BRUNO BREISKY

[TRANSLATION — TRADUCTION]

LONG-TERM AGREEMENT¹ ON ECONOMIC COLLABORATION
AND COOPERATION IN THE FIELD OF INDUSTRIAL TECH-
NOLOGY BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERN-
MENT AND THE GOVERNMENT OF THE SOCIALIST REPUB-
LICS OF ROMANIA

The Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania,

Bearing in mind the previous positive development of economic relations between the two countries,

Desiring to make a further contribution to the development and expansion of economic relations on a firm and mutually advantageous basis,

In order to make more effective use of the possibilities for intensifying cooperation in the field of industrial technology offered by the economic potential and technical progress of the two countries,

Taking into account the special importance of cooperation in the field of industrial technology for the further development of economic cooperation,

Having in mind the

- Long-term Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania signed in Vienna on 24 September 1970,
- Supplementary Agreement to the Long-term Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania of 24 September 1970, signed in Bucharest on 11 April 1973,
- Agreement on Industrial, Economic and Technical Cooperation between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania signed in Vienna on 20 February 1968,
- Bearing in mind the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania concerning the termination of the payments agreement of 12 July 1950 and the transition to a system of payments in freely convertible currency signed in Bucharest on 11 April 1973,
- Taking into account the provisions of the General Agreement on Tariffs and Trade,²
- Considering that a long-term agreement would provide a basis for stable economic collaboration and cooperation in the field of industrial technology,

Have agreed as follows:

¹ Came into force on 12 October 1975, i.e., 90 days after the date of signature, in accordance with article 13.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 55, p. 187.

Article 1

The Contracting Parties have decided to develop further the economic collaboration between the two countries and to support the broadening and intensification of their cooperation in the field of industrial technology.

Article 2

In accordance with the General Agreement on Tariffs and Trade, the Contracting Parties shall be guided in their bilateral relations by the most-favoured-nation principle.

The Contracting Parties shall, where necessary, eliminate obstacles and limitations with respect to economic collaboration and cooperation in the field of industrial technology on the basis of the legislation in force, which shall be applied in their bilateral relations on the same basis as in their relations with third States.

Article 3

The Contracting Parties proceed from the desire to ensure the broad development of cooperation in the field of industrial technology between enterprises and companies of the two countries.

Consequently, goods deriving from cooperative projects shall be granted liberalized treatment on a par with that accorded to third countries that are parties to the General Agreement on Tariffs and Trade.

In the case of imports of the aforementioned goods, the respective competent authorities shall, within the framework of the laws in force, give consideration to the granting of tariff reductions on a case-by-case basis.

Article 4

The Contracting Parties believe that there are possibilities for cooperation in the following areas in particular:

- The mechanical engineering industry;
- The mining and metallurgical industry;
- The chemical and petrochemical industry;
- The energy industry;
- Electrical technology and electronics;
- Light industry;
- Agriculture;
- The food industry.

In concluding and implementing cooperation projects, the economic potential of the two countries, the sources of raw materials and the demand for raw materials, machines and equipment, technical processes, consumer goods and the sale of the products produced collaboratively shall be taken into account.

Article 5

- The Contracting Parties agree to collaborate in the following ways in particular:
- The establishment of new industrial plants and the expansion and modernization of existing plants;

- Joint production and sale of goods, including in third markets, as well as specialization in production and sales;
- Establishment of joint production and sales companies; exchange of know-how, technical information, patents and licences, application and improvement of existing technical processes as well as the development of new production techniques and the training and exchange of specialists and trainees;
- Exchange of experience in the fields of standardization, measurement and technical research.

Article 6

The Contracting Parties shall promote cooperation between enterprises and companies of the two countries in the fields of market research and the preparation and implementation of projects in third countries.

Article 7

The conditions for cooperation projects carried out within the framework of this Agreement shall be established by agreements to be concluded between the participating enterprises and companies.

Article 8

In view of the importance of financing and the granting of credits for the development of economic collaboration and cooperation in the field of industrial technology, the two sides shall make efforts to provide financing and credits on favourable terms.

Article 9

The Contracting Parties shall support the participation of enterprises and companies of their countries in fairs and international exhibitions held in the territory of the other Party and shall at the same time ensure that the most favourable conditions possible for the participation of the other partners in such events are made available.

Article 10

Payments for goods and services arising out of this Agreement shall be effected in accordance with the payments agreements in force between the two States at the time of payment.

Article 11

For the monitoring and implementation of this Agreement, the Contracting Parties shall establish a joint governmental Commission. The Commission may also include representatives of industry in its meetings. It shall meet annually at the request of either of the Contracting Parties, under ministerial chairmanship, alternately in Vienna and Bucharest.

The joint governmental Commission shall:

- Monitor the development of relations between the Contracting Parties with respect to economic collaboration and cooperation in the field of industrial technology;
- Undertake the preparation of specific programmes for the development of economic collaboration and cooperation in the field of industrial technology and at

the same time present new projects for bilateral cooperation or cooperation in third markets;

- Undertake the tasks arising out of article 10 of the Long-term Trade Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist Republic of Romania of 24 September 1970;
- Deal with any other questions arising out of this Agreement or proposed by the competent authorities of either of the two Contracting Parties.

Article 12

The Contracting Parties shall make efforts to conclude other agreements with a view to promoting bilateral economic collaboration on an ongoing basis.

Article 13

This Agreement shall enter into force 90 days after its signature and be valid for 10 years.

It shall be extended for further periods of one year unless it has been terminated three months before its expiry by means of notification in writing through the diplomatic channel.

Article 14

The expiry of this Agreement shall not affect the operation of agreements previously concluded between enterprises and companies of the two countries.

DONE at Bucharest on 14 July 1975, in duplicate, in the German and Romanian languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal
Republic:

BRUNO KREISKY

For the Government
of the Socialist Republic of Romania:

MANEA MANESCU

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ À LONG TERME ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DE ROUMANIE RELATIF À LA COLLABORATION ET À LA COOPÉRATION ÉCONOMIQUES DANS LE DOMAINE DES TECHNOLOGIES INDUSTRIELLES

Le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie,

Ayant à l'esprit l'évolution positive déjà enregistrée dans les relations économiques entre les deux pays,

Désireux de mieux contribuer au développement et à l'expansion des relations économiques sur une base solide et mutuellement avantageuse,

Soucieux d'utiliser plus efficacement les possibilités d'intensifier la coopération dans le domaine des technologies industrielles qu'offrent le potentiel économique et le progrès technique des deux pays,

Compte tenu de l'importance particulière que revêt la coopération dans le domaine des technologies industrielles pour le développement continu de la coopération économique,

Considérant :

- L'Accord à long terme entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie signé à Vienne le 24 septembre 1970,
- L'Accord complémentaire à l'Accord à long terme entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie du 24 septembre 1970 signé à Bucarest le 11 avril 1973,
- L'Accord de coopération industrielle, économique et technique entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie, signé à Vienne le 20 février 1968,
- L'Accord à long terme entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie relatif à la résiliation de l'Accord de paiements du 12 juillet 1950 et la transition vers le système de paiements en monnaie librement convertible signé à Bucarest le 11 avril 1973,
- Les définitions de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce²,

Considérant qu'un accord à long terme constituerait la base d'une collaboration et d'une coopération économiques stables dans le domaine des technologies industrielles,

Sont convenus de ce qui suit :

¹ Entré en vigueur le 12 octobre 1975, soit 90 jours après la date de la signature, conformément à l'article 13.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 55, p. 187.

Article premier

Les Parties contractantes ont décidé de continuer à développer la collaboration économique entre les deux pays et d'appuyer l'élargissement et l'intensification de leur coopération dans le domaine des technologies industrielles.

Article 2

Conformément à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce, les Parties contractantes sont guidées, dans leurs relations bilatérales, par le principe de la nation la plus favorisée.

En cas de besoin, les Parties contractantes éliminent les obstacles et restrictions à la collaboration et à la coopération économiques dans le domaine des technologies industrielles sur la base de la législation en vigueur, laquelle est appliquée dans leurs relations bilatérales sur la même base que dans leurs relations avec des Etats tiers.

Article 3

Les Parties contractantes sont mues par le désir d'assurer un large développement de la coopération dans le domaine des technologies industrielles entre les entreprises et sociétés des deux pays.

En conséquence, les produits issus de projets de coopération bénéficient d'un traitement libéralisé semblable à celui accordé aux pays tiers qui sont parties à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce.

Si les produits susmentionnés sont importés, les autorités compétentes respectives envisagent, dans le cadre de la législation en vigueur, d'accorder au cas par cas des réductions tarifaires.

Article 4

Les Parties contractantes considèrent qu'il existe des possibilités de coopération dans les domaines ci-après en particulier :

- Industrie mécanique;
- Industries extractives et industries métallurgiques;
- Industrie chimique et pétrochimique;
- Industrie de génération d'énergie;
- Electricité et électronique;
- Industrie légère;
- Agriculture;
- Industries alimentaires.

Il est tenu compte, aux fins de la formulation et de l'exécution de projets de coopération, du potentiel économique des deux pays, des sources de matières premières, de la demande de matières premières, de machines et d'équipements, de procédés techniques et de biens de consommation et des débouchés des produits obtenus en collaboration.

Article 5

Les Parties contractantes conviennent de collaborer selon les modalités suivantes en particulier :

- Etablissement de nouvelles usines industrielles et expansion et modernisation des usines existantes;
- Production et vente conjointe de biens, y compris sur les marchés de pays tiers, et spécialisation en matière de production et de vente;
- Etablissement de sociétés conjointes de production et de vente;
- Echange de connaissances techniques, d'informations techniques, de brevets et de licences; application et amélioration des procédés techniques existants; mise au point de nouvelles techniques de production; et échange et formation de spécialistes et de stagiaires;
- Echange de données d'expérience dans les domaines de la normalisation, des mesures et de la recherche technique.

Article 6

Les Parties contractantes encouragent la coopération entre les entreprises et les sociétés des deux pays dans les domaines des études de marché et de la formulation et de l'exécution de projets dans des pays tiers.

Article 7

Les conditions d'exécution des projets de coopération entrepris dans le cadre du présent Accord sont définies par les contrats conclus entre les entreprises et sociétés participantes.

Article 8

Etant donné l'importance que revêtent le financement et l'octroi de crédits pour le développement de la collaboration et de la coopération économiques dans le domaine des technologies industrielles, les deux Parties s'efforcent de fournir un financement et des crédits à des conditions favorables.

Article 9

Les Parties contractantes appuient la participation des entreprises et sociétés de leurs pays respectifs aux foires et expositions internationales organisées sur le territoire de l'autre Partie et veillent à ce que les conditions les plus favorables possibles soient offertes pour la participation des autres partenaires à de telles manifestations.

Article 10

Les paiements afférents aux biens et services découlant du présent Accord sont effectués conformément aux accords de paiements en vigueur entre les deux Etats au moment du paiement.

Article 11

Les Parties contractantes créent une Commission gouvernementale mixte chargée du suivi et de l'application du présent Accord. Des représentants de l'industrie peuvent également assister aux réunions de la Commission. Celle-ci se réunit

chaque année à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes, sous une présidence ministérielle, alternativement à Vienne et à Bucarest.

La Commission gouvernementale mixte a pour attributions :

- De suivre l'évolution des relations entre les Parties contractantes en ce qui concerne la collaboration et la coopération économiques dans le domaine des technologies industrielles;
- D'entreprendre la préparation de programmes spécifiques en vue du développement de la collaboration et de la coopération économiques dans le domaine des technologies industrielles ainsi que de présenter de nouveaux projets de coopération bilatérale ou de coopération sur les marchés de pays tiers;
- D'entreprendre les tâches visées à l'article 10 de l'Accord commercial à long terme entre le Gouvernement fédéral d'Autriche et le Gouvernement de la République socialiste de Roumanie du 24 septembre 1970;
- D'examiner toute autre question découlant du présent Accord ou proposée par les autorités compétentes de l'une ou l'autre des deux Parties contractantes.

Article 12

Les Parties contractantes s'efforcent de conclure d'autres accords en vue de promouvoir sur une base continue la collaboration économique bilatérale.

Article 13

Le présent Accord entrera en vigueur 90 jours à compter de la date de sa signature et le demeurera pendant une période de dix ans.

Ledit Accord sera prorogé pour d'autres périodes d'un an à moins d'avoir été résilié trois mois avant l'expiration de la période de validité en cours au moyen d'une notification écrite adressée par la voie diplomatique.

Article 14

L'expiration du présent Accord n'affecte aucunement l'application des contrats précédemment conclus entre des entreprises et des sociétés des deux pays.

FAIT à Bucarest le 14 juillet 1975 en double exemplaire en langues anglaise et roumaine, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Autriche :

BRUNO KREISKY

Pour le Gouvernement
de la République socialiste de Roumanie :

MANCA MANESCU

